

Organe

Aufsichtsrat

Gottfried Rüßmann

Köln

Vorsitzender

Vorsitzender der Vorstände
DEVK Versicherungen

Frank Hauenstein

Neumarkt in der Oberpfalz

Stellv. Vorsitzender

Mitglied des Vorstands der Eisenbahn-
und Verkehrsgewerkschaft (EVG)
(ab 10. Mai 2023)

Klaus-Dieter Hommel

Großefehn-Felde

Stellv. Vorsitzender

Vorsitzender der Eisenbahn-
und Verkehrsgewerkschaft (EVG) i. R.
(bis 10. Mai 2023)

Doris Fohrn

Wesseling

Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats
DEVK Versicherungen

Hanka Heise

Berlin

Bereichsleiterin der Eisenbahn-
und Verkehrsgewerkschaft (EVG)
(bis 10. Mai 2023)

Dr. jur. Martin Henke

Bonn

Geschäftsführer für den Bereich
Eisenbahnverkehr des Verbandes
Deutscher Verkehrsunternehmen e. V.
(VDV)

Cosima Ingenschay

Berlin

Stellv. Vorsitzende der Eisenbahn-
und Verkehrsgewerkschaft (EVG)
(bis 10. Mai 2023)

Anne Jacobs

Berlin

Pressesprecherin der Eisenbahn-
und Verkehrsgewerkschaft (EVG)
(ab 10. Mai 2023)

Cornelia Wittmann

Berlin

Leiterin Vorstandsbereich Vorsitzender
Martin Burkert der Eisenbahn-
und Verkehrsgewerkschaft (EVG)
(ab 10. Mai 2023)

Vorstand

Dr. Nabila Abaza-Uhrberg

Overath

(ab 1. Dezember 2023)

Lothar Diehl

Rösrath

(bis 30. September 2023)

Annette Hetzenegger

Bergisch Gladbach

Elmar Kaube

Gummersbach

(ab 1. Dezember 2023)

Olaf Nohren

Rösrath

(ab 1. Dezember 2023)

Tarja Radler

Köln

(bis 31. Dezember 2023)

Lagebericht

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Gegenstand der DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG ist der Betrieb der Rechtsschutzversicherung und der Rückversicherung in diesem Versicherungszweig im In- und Ausland. Die Geschäftstätigkeit erstreckte sich auf die Bundesrepublik Deutschland. Es wurde ausschließlich das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft betrieben.

Im Berichtsjahr wurden alle in den "Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung (ARB)" aufgeführten Versicherungsarten (Standardgeschäft) angeboten.

Verbundene Unternehmen, Beteiligungen

Verbundene Unternehmen der DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG sind der

DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung
Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G.
Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn, Köln,

und dessen unmittelbare und mittelbare Tochterunternehmen.

Das Grundkapital beträgt 21,0 Mio. € und ist zu 100 % eingezahlt. Es wird zu 100 % gehalten von der DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE, mit der ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag besteht.

Die KLUGO GmbH ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG. Sie bietet unter anderem ein Online-Portal für Rechtssuchende an.

Die Angabe unmittelbarer Anteile unserer Gesellschaft an wesentlichen verbundenen Unternehmen und Beteiligungen befindet sich im Anhang.

Funktionsausgliederung, organisatorische Zusammenarbeit

Aufgrund eines Generalagenturvertrags übernimmt der DEVK Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. die Funktion der Versicherungsvermittlung sowie die damit zusammenhängenden Aufgaben.

Allgemeine Betriebsbereiche, wie z. B. Rechnungswesen, Inkasso, IT, Kapitalanlage und -verwaltung, Personal, Revision sowie Allgemeine Verwaltung, sind für alle DEVK-Unternehmen organisatorisch zusammengefasst.

Gemäß dem Gemeinschaftsvertrag stellt uns der DEVK Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. das erforderliche Innendienstpersonal zur Verfügung.

Wir weisen darauf hin, dass Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch genau ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben, usw.) auftreten können.

Die im Bericht mit ¹ gekennzeichneten Abschnitte enthalten Angaben, die nicht vom Abschlussprüfer geprüft werden.

Die mit der Schadenregulierung befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen hierbei ausschließlich Aufgaben unserer Gesellschaft wahr und unterliegen auf dem Gebiet der Schadenbearbeitung allein der Aufsicht und den Weisungen unseres Unternehmens.

Unser Unternehmen hat separate Mietverträge und verfügt gemäß seiner Nutzung über eigenes Inventar und eigene Arbeitsmittel.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland war 2023 insbesondere von der Inflation, der Reaktion der Notenbanken hierauf und der daraus resultierenden negativen Folgen für die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen geprägt. Gleichzeitig nahmen geopolitische Spannungen zu, die das schwierige Kapitalmarktumfeld zusätzlich belastet haben. Politische Konflikte innerhalb der Bundesregierung beeinflussten die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland zusätzlich negativ.

Die Europäische Zentralbank erhöhte 2023 den Leitzins bis September in sechs Zinsschritten von 2,50 % auf 4,50 %, bevor sie in ihrer Oktobersitzung erstmalig seit Juli 2022 eine Zinspause beschloss, die bis zum Jahresende anhielt. Die amerikanische Notenbank Fed stoppte im September vorerst weitere Leitzinserhöhungen. Gleichzeitig fiel die Inflationsrate in Europa von 9,2 % zu Jahresanfang auf 2,9 % per Ende Dezember. Risikofreie Zinssätze (zum Beispiel der 10-jährige Euro-Swapsatz) stiegen seit Jahresanfang unter teilweise starken Schwankungen von 3,1 % bis Anfang Oktober um ca. 40 Basispunkte auf ihr Jahreshoch von gut 3,5 % an und fielen in der Folge – unter anderem als Reaktion auf die Entscheidung der Notenbanken, keine weiteren Zinserhöhungen vorzunehmen – wieder um knapp 70 Basispunkte bis Anfang Dezember. Zum Jahresende 2023 notierte der Wert mit 2,5 % 57 Basispunkte niedriger als zu Jahresbeginn. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe zeigte 2023 eine simultane Entwicklung und wies mit 2,1 % einen Wert auf dem Niveau des Initialwerts zu Jahresbeginn aus. Die Anfang 2023 stark gestiegene Inversion der Zinskurve nahm zum Jahresende hin ab. Für Langfristanleger (wie beispielsweise Lebensversicherungsunternehmen) ist insbesondere die Entwicklung am langen Ende der Zinsstrukturkurve wichtig, um die langfristigen versicherungstechnischen Verpflichtungen adäquat erfüllen zu können. Die Risikoaufschläge auf europäische Investmentgrade-Unternehmensanleihen bewegten sich in der Jahresbetrachtung - trotz der schwachen konjunkturellen Entwicklung in Euroland - seitwärts mit sehr geringer Volatilität, obwohl die Unternehmensinsolvenzen in Deutschland im Vorjahresvergleich zugenommen haben. Zuletzt stieg zudem die Anzahl der Großinsolvenzen (Unternehmen mit einem jährlichen Umsatz von mindestens 50 Millionen Euro) an. Im besonderen Maße war hiervon die Immobilienbranche betroffen.

Aktienmärkte zeigten 2023 eine überwiegend positive Entwicklung. Kurzfristige Verwerfungen an den globalen Aktienmärkten gab es im März im Zuge der Krise der Silicon Valley Bank. In der Folge spekulierten Marktteilnehmer über eine mögliche Zahlungsunfähigkeit der Credit Suisse und einer damit verbundenen erneuten globalen Finanzkrise. Unter Einflussnahme der Schweizer Aufsicht konnte diese Gefahr mit Übernahme des angeschlagenen Instituts durch die UBS AG abgewehrt werden. Im Zuge der folgenden Erholung erreichte der deutsche Leitindex DAX Ende Juli mit 16.469,75 Punkten ein neues Allzeithoch. Infolge der Entscheidungen der Notenbanken, im Sommer weitere Zinserhöhungen in Aussicht zu stellen, kam es zu einer Korrektur um im Schnitt 10 %. Der Angriff auf Israel seitens der Hamas Anfang Oktober und die damit verbundene Gefahr

einer zunehmenden Eskalation im Nahen Osten wirkte sich kurzfristig negativ auf die Aktienmärkte aus. Die Tatsache, dass im Nahen Osten bisher kein politischer Flächenbrand entstanden ist und der teilweise deutliche Rückgang der Inflation sowie der damit verbundenen Zinspausen von Fed und EZB legten den Grundstein für den Beginn einer Jahresendrally, die den DAX zwischenzeitlich auf ein neues Allzeithoch von 17.003 Punkten brachte; die Jahresperformance lag bei 20,3 %.

Die hohe Inflation in Kombination mit einem höheren Kreditzinsniveau und nur allmählichen steigenden Reallöhnen belasteten die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland spürbar. Konnte das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal preisbereinigt noch 0,3 % im Vergleich zum Vorjahresquartal zulegen, sank dieses im zweiten Quartal um 0,4 % und 0,7 % im dritten Quartal. Mit einem Rückgang um 0,4 % im letzten Quartal des Jahres befand sich die Bundesrepublik Deutschland in der Rezession, während die Mehrzahl der anderen EU-Länder schon wieder positive Wachstumszahlen erreichte. Insbesondere geopolitische Unsicherheiten durch den Krieg im Nahen Osten und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu einer strikten Auslegung der Schuldenbremse belasteten die konjunkturelle Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte nachhaltig. Nach Angaben des statistischen Bundesamts betrug der Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland 2023 0,3 %. Für das Folgejahr prognostizieren Volkswirte eine leichte Erholung des Wachstums in Höhe von 0,7 %. Zurückhaltend wird die wirtschaftliche Lage ebenfalls von Unternehmensseite beurteilt. So stieg der Ifo-Geschäftsklimaindex zwar zunächst bis April auf sein Jahreshoch von 93,1 Punkten, fiel jedoch in den folgenden Monaten auf sein Jahrestief im August von 85,8 Punkten. Seitdem folgte eine Erholung auf niedrigem Niveau auf 86,4 Punkte Ende des Jahres. Im Vergleich zum Euro-Raum schneidet Deutschland beim geschätzten BIP-Wachstum in beiden Jahren schlechter ab (Euro Raum 2023: 0,6 %, 2024: 1,1 %). Im globalen Vergleich wird für die US-amerikanische Volkswirtschaft nach einem verhältnismäßig starken Wachstum von 2,5 % in 2023 von einigen Volkswirten ein Rückgang auf 1,6 % für 2024 erwartet.

Der Rechtsschutz-Markt konnte 2023 laut GDV einen Vertragszuwachs von 1,1 % gegenüber dem Vorjahr verzeichnen. Die Beitragseinnahmen erhöhten sich dabei um 2,4 %. Die Anzahl der im Geschäftsjahr gemeldeten Schäden nahm branchenweit um 4,8 % zu; die Schadenzahlungen sanken hingegen um 0,1 %.

Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2023 konnten wir unseren Marktanteil, bezogen auf die gebuchten Bruttobeiträge, im Vergleich zum Vorjahr weitestgehend stabil halten. Dabei tragen wir den Ansprüchen der Kundinnen und Kunden an Qualität und einen attraktiven Preis mit unseren Produkten Rechnung. Die hohe Kundenzufriedenheit wird in Kundenbefragungen und Presseberichten laufend bestätigt. Darüber hinaus wurde die DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG wieder ausgezeichnet.¹

Die Zahl der Verträge im Bestand ist um -0,6 % auf 1.031.799 (Vorjahr 1.037.159) zurückgegangen. Darin enthalten sind Gruppenverträge mit insgesamt rund 200.000 versicherten Personen. Aufgrund des schwächeren Neugeschäfts, auch bedingt durch die anhaltenden Unsicherheiten im Zuge des Russland-Ukraine-Konflikts sowie die hohe Inflation, liegen wir insgesamt leicht unterhalb unserer Prognose, die von einem Bestandszuwachs zwischen 0,1 % und 1,0 % ausging.

Die Beitragseinnahmen sind gegenüber dem Vorjahr um 0,9 % gestiegen und liegen damit in der für das Geschäftsjahr prognostizierten Bandbreite von 0,1 % bis 1,0 %.

Für das Geschäftsjahr 2023 beträgt die bilanzielle Schadenquote 72,1 % (Vorjahr 73,4 %). Mit 98,4 % (Vorjahr 98,1 %) liegt die Combined Ratio inkl. Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung innerhalb der prognostizierten Bandbreite von 98 % bis 100 %.

Die Bruttoerträge der Kapitalanlagen lagen 2023 bei 11,2 Mio. € (Vorjahr 12,2 Mio. €), die gesamten Aufwendungen der Kapitalanlagen bei 1,2 Mio. € (Vorjahr 2,5 Mio. €). Der Rückgang resultiert in erster Linie aus deutlich niedrigeren Erträgen aus Beteiligungen (insbesondere bei Private Equity), was der Erwartungshaltung entsprach. Dieser Effekt konnte durch gestiegenen Zuschreibungen (0,7 Mio. € nach 0,0 Mio. €) nicht überkompensiert werden. Die im Vorjahresvergleich gesunkenen Abschreibungen (0,6 Mio. € nach 1,5 Mio. €) wirkten sich hingegen positiv auf die Netto-Ertragslage aus. So stieg das Netto-Kapitalanlageergebnis in Höhe von 10,0 Mio. € leicht und damit entgegen der Erwartungshaltung vom Vorjahr an (Vorjahr 9,7 Mio. €). Der Saldo aus Abgangsgewinnen und -verlusten von Kapitalanlagen ist nahezu unverändert. Beide Größen sind im Vergleich zum Vorjahr um 0,4 Mio. € gesunken (Abgangsgewinne 0,3 Mio. €, Abgangsverluste 0,0 Mio. €). Der Kapitalanlagebestand ist – wie in der Vorjahresprognose prognostiziert – moderat angestiegen von 441,8 Mio. € auf 475,0 Mio. €. Die Nettoverzinsung in Höhe von 2,2 % ist im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken (Vorjahr 2,3 %). Laut Vorjahresprognose sollte die Nettoverzinsung im Vergleich zum Vorjahr deutlich sinken.

Die Strategische Asset Allokation, also die Zielaufteilung der Kapitalanlagen, wurde Ende 2019 DEVK-weit angepasst. Die Zielquoten für Realwerte (insbesondere Immobilien und Alternative Investments) wurden dabei erhöht, um einerseits dem seinerzeit vorherrschenden Niedrigzinsniveau zu begegnen und andererseits den realen Werterhalt und somit insgesamt die langfristige Ertragssituation zu verbessern. Im Jahresverlauf wurde die effektive Aktienquote zu Buchwerten insgesamt - mit Ausnahme einer Gegenbewegung im Herbst - deutlich erhöht. Mittelfristig ist ein weiterer Aufbau der Aktienpositionen geplant. Der Aufbau anderer langfristig orientierter Realwerte im Bereich Private Equity und Alternativer Investments wurde im Jahr 2023 wie geplant fortgesetzt. Eine Ausnahme stellt der Immobilienbestand dar, welcher zwar in der absoluten Betrachtung anstieg, relativ zum wachsenden Kapitalanlagebestand jedoch gesunken ist.

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit liegt mit 11,5 Mio. € oberhalb der prognostizierten Bandbreite von 9,0 Mio. € bis 11,0 Mio. €.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage des Unternehmens

	Geschäftsjahr	Vorjahr	Veränderung
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Versicherungstechnische Rechnung	3.380	3.876	-496
Ergebnis aus Kapitalanlagen	10.008	9.693	315
Sonstiges Ergebnis	-1.896	-1.794	-102
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	11.492	11.775	-283
Steuern	74	83	- 9
Gewinnabführung	11.418	11.692	-274
Jahresüberschuss	-	-	-

Versicherungstechnisches Ergebnis

Die gebuchten Bruttobeiträge haben sich gegenüber dem Vorjahr (202,0 Mio. €) um 0,9 % auf 203,9 Mio. € erhöht.

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle haben sich trotz gestiegener Streitwerte aufgrund der hohen Inflation um 0,8 % auf 147,1 Mio. € (Vorjahr 148,3 Mio. €) reduziert. Deren Anteil an den verdienten Beiträgen beläuft sich auf 72,1 % (Vorjahr 73,4 %). Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb sind auf 52,9 Mio. € (Vorjahr 48,6 Mio. €) gestiegen. Deren Verhältnis zu den verdienten Beiträgen ergibt 26,0 % (Vorjahr 24,1 %).

Das versicherungstechnische Ergebnis hat sich aufgrund diverser Herausforderungen, insbesondere durch die hohe Inflation, leicht auf 3,4 Mio. € verringert (Vorjahr 3,9 Mio. €).

Kapitalanlageergebnis

Nach Abzug der Aufwendungen für Kapitalanlagen betragen 2023 die Netto-Kapitalerträge 10,0 Mio. € (Vorjahr 9,7 Mio. €). Der Anstieg zum Vorjahr resultierte im Wesentlichen aus höheren Zuschreibungen auf Aktien und Beteiligungen (0,7 Mio. € nach 0,0 Mio. €) bei gleichzeitig geringeren Abschreibungen im Aktien-, Beteiligungs- und Spezialfondsbereich (0,6 Mio. € nach 1,5 Mio. €), die die deutlich gesunkenen ordentlichen Erträgen aus strategischen Finanzbeteiligungen (0,2 Mio. € nach 2,3 Mio. €) – insbesondere bei Private Equity Investments – kompensieren konnten. Die Bruttoerträge sind moderat von 12,2 Mio. € auf 11,2 Mio. € gesunken, was primär auf den beschriebenen Rückgang im Beteiligungsbereich zurückzuführen ist. Somit liegt das Kapitalanlageergebnis für das Jahr 2023, wie zuvor beschrieben, entgegen der Erwartung über dem Vorjahresniveau.

Steuern

Aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags mit der DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE wurde eine körperschaft- und gewerbesteuerliche Organschaft hergestellt.

Steuern vom Einkommen und Ertrag resultierten aus ausländischer Quellensteuer und aus den Bestimmungen des § 36a EStG. Bei den sonstigen Steuern handelt es sich zum überwiegenden Teil um Lohnsteuer.

Geschäftsergebnis und Gewinnverwendung

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit beträgt 11,5 Mio. € (Vorjahr 11,8 Mio. €). Der nach Steuern verbleibende Gewinn in Höhe von 11,4 Mio. € (Vorjahr 11,7 Mio. €) wird aufgrund des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags an die DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE abgeführt.

Umsatzrendite

Eine Kennziffer zur Steuerung des Unternehmens ist die „bereinigte Umsatzrendite“ des selbst abgeschlossenen Geschäfts. Diese ist definiert als Jahresüberschuss vor Steuern und Gewinnabführung, bereinigt um die Aufwendungen für Beitragsrückerstattung sowie die Veränderung der Schwankungsrückstellung, im Verhältnis zu den gebuchten Bruttobeiträgen.

Die bereinigte Umsatzrendite liegt mit 5,9 % (Vorjahr 6,5 %) innerhalb der prognostizierten Bandbreite von 5,0 % bis 6,0 %.

Finanzlage des Unternehmens

Cashflow

Die zur Bestreitung der laufenden Zahlungsverpflichtungen erforderliche Liquidität ist durch eine laufende Liquiditätsplanung, die die voraussichtliche Liquiditätsentwicklung der folgenden zwölf Monate berücksichtigt, gewährleistet. Der Gesellschaft fließen durch Beitragseinnahmen, durch die Kapitalanlageerträge und durch den Rückfluss von Kapitalanlagen laufend liquide Mittel zu. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit, das heißt der Mittelbedarf für das Nettoinvestitionsvolumen, betrug im Geschäftsjahr 11,1 Mio. €. Die hierfür erforderlichen Mittel wurden ausschließlich durch die laufende Geschäftstätigkeit erwirtschaftet.

Vertragsbezogene Rückstellung für Beitragsrückerstattung

In einem bestehenden Gruppenversicherungsvertrag war ein Teil der Beiträge in Höhe von 0,6 Mio. € der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zuzuführen. Diese darf nur zweckgebunden verwendet werden.

Ratings¹

Die Rating-Agentur Fitch hat auch im Jahr 2023 die DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG bewertet und die Finanzstärke des Unternehmens unverändert mit der Note „A+“ (sehr gut) ausgezeichnet. Der Ausblick ist weiterhin „stabil“.

Vermögenslage des Unternehmens

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €	Veränderung Tsd. €
Kapitalanlagen	475.038	441.765	33.273
Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	769	418	351
Sonstige Forderungen	1.670	563	1.107
Übrige Aktiva	6.294	6.009	285
Gesamtvermögen	483.771	448.755	35.016
Eigenkapital	60.563	60.563	-
Versicherungstechnische Rückstellungen	394.650	362.118	32.532
Andere Rückstellungen	7.570	7.748	-178
Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	3.338	2.581	757
Sonstige Verbindlichkeiten	14.580	14.883	-303
Rechnungsabgrenzungsposten	3.070	862	2.208
Gesamtkapital	483.771	448.755	35.016

Die Kapitalanlagen der Gesellschaft betragen am Ende des Geschäftsjahres 475,0 Mio. € (Vorjahr 441,8 Mio. €) und entfielen im Wesentlichen auf Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie Inhaberschuldverschreibungen. Insgesamt ergaben sich in der Zusammensetzung des Kapitalanlagebestands 2023 zu Buchwerten keine wesentlichen materiellen Veränderungen. Der Anteil der Alternativen Investments sowie der Aktienblock ist angewachsen.

Die stärkere Ausrichtung der Kapitalanlagestrategie in Richtung der Realwerte spiegelt sich in der Veränderung des Kapitalanlagebestandes nur in geringem Maße wider. Dies liegt zum einen daran, dass die Anpassung der Asset Allokation insbesondere bei illiquiden Kapitalanlagen einen mittelfristigen Prozess darstellt. Zum anderen

erfolgt zur Risikosteuerung eine taktische Anpassung der Kapitalanlagen, welche Anpassungen kompensieren oder auch verstärken kann.

Die sonstigen Verbindlichkeiten resultieren fast ausschließlich aus der Gewinnabführung.

Die Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen gegenüber dem Vorjahr beträgt 32,5 Mio. € und ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Anzahl der gemeldeten Schäden angestiegen ist und die Schäden aus 2023 zum Teil durch die zukünftig erwartete Anpassung des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes betroffen sein werden.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Telefonische Erreichbarkeit¹

Um einen bestmöglichen Service zu bieten, haben wir uns zum Ziel gesetzt, mindestens 80 % aller eingehenden Anrufe anzunehmen. Auf Jahressicht haben wir diese Annahmequote, wie in den Vorjahren, immer deutlich überschritten.

Kundenzufriedenheit

Die Kundenzufriedenheit ist für die DEVK das oberste strategische Ziel. Deshalb analysiert die DEVK jährlich die Zufriedenheit ihrer Kundinnen und Kunden.

Hierfür wird eine Versicherungsmarktstudie zugrunde gelegt, die die Kundenzufriedenheit von 21 Top-Serviceversicherern in Deutschland anhand einer Punkteskala abbildet. Entwicklungen im Zeitablauf und im Mitbewerbersvergleich werden hierdurch anschaulich messbar. Im Hinblick auf die Gesamtzufriedenheit belegt die DEVK aktuell Platz 8. Als Ziel für die Kundenzufriedenheit hat sich die DEVK für die kommenden Jahre die Erreichung des ersten Platzes gesetzt.

Die DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG erhielt 2023 erneut verschiedene Auszeichnungen, die die hohe Kundenzufriedenheit bestätigen.

Kundenzufriedenheitsindex		
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	Punkte	Punkte
Ist	772	769
Ziel	774	766

Für 2024 wurde als Zielwert 777 Punkte festgelegt.

Mitarbeitendenzufriedenheit

Der DEVK ist die Meinung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wichtig. Die Zufriedenheit und das Engagement der Mitarbeitenden in ihrem Arbeitskontext sowie mit ihren Führungskräften, Kolleginnen und Kollegen, Aufgaben sowie der Unternehmenskultur ist das Herzstück der Arbeitgeberattraktivität.

Im Herbst 2023 wurde eine große unternehmensweite Mitarbeitenden- und Auszubildendenbefragung durchgeführt. Alle Mitarbeitenden des Innendienstes und des angestellten Außendienstes waren eingeladen, Feedback zu zentralen Themenfeldern abzugeben. Hierbei wurden einige Neuerungen bei der Befragung umgesetzt. Unter anderem wurden erstmalig Mitarbeitende in agilen Strukturen gesondert angesprochen.

Mitarbeiterzufriedenheitsindex

	Geschäftsjahr Punkte	Vorjahr Punkte
Ist	708	753
Ziel	763	791

Für 2024 wurden 733 Punkte als Zielwert festgelegt.

Gesamtaussage zum Wirtschaftsbericht

Das Geschäftsjahr 2023 war durch die anhaltenden Unsicherheiten im Zuge des Russland-Ukraine-Konflikts sowie die hohe Inflation geprägt. Insgesamt wurde dennoch erneut ein versicherungstechnischer Gewinn erzielt. Das versicherungstechnische Ergebnis liegt mit 3,4 Mio. € unterhalb des Vorjahreswertes (3,9 Mio. €). Unter Berücksichtigung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist die DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG wirtschaftlich weiterhin solide aufgestellt.

Das Kapitalanlageergebnis wurde 2023 durch stark steigende Aktienmärkte und ein weiterhin hohes Zinsniveau beeinflusst.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Die ersten Monate des neuen Jahres sind weiterhin geprägt durch Kostensteigerungen aufgrund der hohen Inflation im letzten Jahr. Für 2024 erwarten wir einen leichten Bestandszuwachs zwischen 0,1 % und 1,0 % sowie ein Beitragswachstum von 4,0 % bis 5,0 %.

Wir erwarten für das Geschäftsjahr 2024 eine Combined Ratio inkl. Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrück-
erstattung in der Bandbreite von 96,5 % bis 98,5 %.

Die Entwicklung der (Kern-)Inflation wird in den kommenden Jahren einer der Hauptfaktoren für die gesamtwirtschaftliche Lage bleiben. Niedrigere Leitzinsen infolge gesunkener Inflationsraten könnten Investitionsanreize für Unternehmen setzen und das Wachstum fördern. Zweitrundeneffekte aus hohen Preissteigerungsraten (z. B. hohe Lohnanstiege) wirken lange in einer Ökonomie nach. Wir erwarten, dass die amerikanische Notenbank frühestens Ende des zweiten Quartals erste Zinssenkungsschritte vornehmen wird, wohingegen die EZB unseres Erachtens erst im späteren Jahresverlauf nachziehen wird. Daneben könnte sich ein Anstieg privater Konsumausgaben infolge steigender Reallöhne positiv auf den Handels- und Dienstleistungssektor auswirken. Negative Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung hingegen könnte eine weiterhin schleppende Erholung der Wirtschaft Chinas mit sich bringen, was insbesondere die deutsche Exportwirtschaft treffen würde. Zudem gehen wir davon aus, dass die bisher eingeleiteten wirtschaftspolitischen Maßnahmen in Deutschland nicht ausreichen werden, um eine nachhaltige Erholung der energieintensiven Industriezweige zu erzielen. Wichtige wirtschaftliche Frühindikatoren wie Einkaufsmanagerindizes sind im Jahresverlauf 2023 kontinuierlich gesunken. Zum Jahresende 2023 hin zeigten sich jedoch Erholungstendenzen. Auch vom ifo-Geschäftsklimaindex für Deutschland kamen zuletzt positive Signale. Die Erzeugerpreise hingegen stagnierten zum Jahresende, was jedoch im Wesentlichen auf Basiseffekte aufgrund des inflationsbedingt sehr hohen Preisniveaus 2022 zurückzuführen war.

Zunehmende militärische Konflikte verstärken unserer Einschätzung nach bereits bestehende deglobalisierende Tendenzen, was wiederum inflationär wirkt. Darüber hinaus könnte insbesondere eine Eskalation im Nahen Osten und der Eintritt weiterer Staaten in die militärische Auseinandersetzung massive Auswirkungen auf die Kapitalmärkte haben. In einem solchen Szenario erwarten wir zudem einen deutlichen Anstieg der Energiepreise, was wiederum die Inflation anheizen würde. Grundsätzlich erwarten wir für den Aktienmarkt 2024 ein volatiles Umfeld. Während die Berichtssaison im Herbst 2023 tendenziell positiv ausfiel, sind die Bewertungen an den globalen Märkten differenziert zu betrachten. So weisen deutsche und europäische Aktien tendenziell günstigere Unternehmensbewertungen auf, während amerikanische Unternehmensbewertungen im Schnitt auf einem höheren Niveau liegen.

Die globale Konjunktur steuert nach Prognosen des Internationalen Währungsfonds auf ein im historischen Kontext schwaches Wirtschaftswachstum von 3,1 % für 2024 zu und bewegt sich damit auf dem Niveau von 2023 mit 3,0 %. In China befindet sich der Immobilienmarkt, der einen großen Anteil am BIP hat, weiter in der Krise. Für 2023 erwartet der IWF für China ein Wachstum von 5,2 % und rechnet für 2024 mit 4,6 %. Gerade für exportgetriebene Länder wie Deutschland würde eine solche Entwicklung einen Wachstumsdämpfer darstellen.

Insgesamt erwarten wir aufgrund der beschriebenen Unsicherheiten einen anhaltend volatilen Kapitalmarkt im Jahr 2024. Im Rahmen der gesunkenen Inflation und einem zumindest vorläufigen Ende der Zinserhöhungspolitik sehen wir mittelfristig sinkende Renditen im kurz- und mittelfristigen Laufzeitenbereich. Dies führt zu einer Normalisierung der Zinsstrukturkurve, so dass die kurzfristigen Renditen wieder tiefer liegen als die langfristigen. Sollte das Renditeniveau bei längeren Laufzeiten – wie von uns erwartet – nicht so stark sinken, wäre dies für Langfristanleger wie Lebensversicherungen zur Abbildung versicherungstechnischer Verpflichtungen in der Kapitalanlage von Vorteil.

Für die DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG prognostizieren wir im Bereich der Kapitalanlagen im Jahr 2024 bei moderat steigendem Kapitalanlagebestand ein absolutes Ergebnis leicht unterhalb des Vorjahresniveaus. Dies begründet sich einerseits durch die Erwartung sinkender Erträge aus Aktien aufgrund bestehender Unsicherheiten am Kapitalmarkt, andererseits erwarten wir Nachlaufeffekte im Immobilienbereich, was sich in einer negativen Wertentwicklung ausdrückt. Beides kann von zunehmenden Investitionsanreizen infolge sinkender Inflationsraten und der damit verbundenen erwarteten Zinssenkungen der Zentralbanken nicht überkompensiert werden. Die erwartete Normalisierung der Zinsstrukturkurve und die damit verbundene höhere Verzinsung in der Neu- und Wiederanlage am mittleren und hinteren Ende der Kurve wird unserer Einschätzung nach, noch keine positive Auswirkung auf die absolute laufende Verzinsung in Prozent der Kapitalanlagen zur Folge haben, was sich in einem leichten Rückgang der Kennzahl niederschlägt. Insgesamt erwartet die Gesellschaft einen deutlichen Rückgang der Nettoverzinsung. Die prognostizierte Entwicklung kann bei einem Wiederanstieg der Inflation, einer tieferen und länger anhaltenden Rezession oder der zunehmenden Eskalation globaler militärischer Konflikte negativ abweichen. Frühere Zinssenkungen der Zentralbanken hingegen könnten das Ergebnis, insbesondere an den Aktienmärkten, positiv beeinflussen.

Aus der normalen Geschäftstätigkeit erwarten wir ein Ergebnis in der Größenordnung von 14,0 Mio. € bis 16,0 Mio. €.

Auf dieser Basis rechnen wir mit einer „bereinigten Umsatzrendite“ des selbst abgeschlossenen Geschäfts in Höhe von 7,0 % bis 8,0 %.

Im Geschäftsjahr 2024 strebt die DEVK eine weitere Verbesserung der Kundenzufriedenheit an. Der zur Messung verwendete Index soll von 772 Punkten (Istwert 2023) auf 777 Punkte gesteigert werden.

Bezüglich der Mitarbeitendenzufriedenheit hat sich die DEVK einen Indexwert von 733 Punkten als Ziel gesetzt. Das Ziel für 2024 liegt damit 25 Punkte über dem Istwert 2023.

Chancenbericht

Die DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG verfolgt die Strategie: Unterstützung für Versicherte sowie Nichtversicherte in rechtlich schwierigen Situationen zu leisten. Dies wird durch die angebotenen Produkte umgesetzt.¹

Unsere Service-Angebote werden von unseren Kundinnen und Kunden sehr gut angenommen und positiv bewertet, wie uns eine Studie des Analysehauses ServiceValue und der Zeitschrift „Focus Money“ mit dem Prädikat „sehr gut“ in den Einzelkategorien Tarifleistung, Kundenberatung, Kundenservice, Kundenkommunikation und Preis-Leistungs-Verhältnis bescheinigt. Somit freuen wir uns wiederholt als einer der fairsten Rechtsschutzversicherer Deutschlands ausgezeichnet worden zu sein.¹

Unsere Betreuungsqualität wurde 2023 im Rahmen der repräsentativen Versicherungsmarktstudie KUBUS von unseren Kundinnen und Kunden mit „Hervorragend“ bewertet.¹

Wir sind zuversichtlich, unsere Kundinnen und Kunden weiterhin durch maßgeschneiderte Lösungen zu überzeugen. Im Leistungsfall unterstützen wir mit einem umfassenden Serviceangebot, wodurch lange Rechtsstreitigkeiten vermieden werden können. Damit leisten wir einen wesentlichen Beitrag für das positive Kundenerlebnis der Gesamtmarke DEVK. Besonders hervorzuheben ist, dass wir etliche Freemium-Leistungen auch Nichtversicherten anbieten.¹

Durch die stetige Optimierung unserer Prozesse sorgen wir dafür, dass unser Geschäft effektiv und effizient verarbeitet wird.¹

Im Zusammenspiel von konkurrenzfähigen Produkten, einem umfangreichen Service, unserer flächendeckenden Vertriebsstruktur sowie unseren digitalen Aktivitäten sehen wir uns daher gut aufgestellt.¹

Der Verkehrsmarkt ist auch im Jahr 2024 für die DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG ein wichtiger Partner.¹

In der Kapitalanlage sehen wir im Jahr 2024 neben den Risiken und trotz des volatilen Marktumfeldes auch attraktive Investitionsmöglichkeiten. In der Regel steigen in einem Rezessionsumfeld die Risikoaufschläge auf Anleihen im Gesamtmarkt an, sodass auch Unternehmen mit guter Bonität höhere Renditen zahlen müssen. Hier bietet sich die Möglichkeit unter Chance-Risiko Gesichtspunkten Anleihen mit attraktiven Renditen zu erwerben. Eine zunehmende Normalisierung der risikolosen Zinsstrukturkurve würde zudem positiv auf Kapitalanlagen wirken, die, wie beispielsweise Immobilieninvestitionen (teilweise variabel) fremdfinanziert sind. Der Aktienmarkt wird sich infolge der erwarteten expansiveren Zentralbankpolitik vermutlich spätestens im zweiten Halbjahr positiv entwickeln, da wir davon ausgehen, dass die avisierten Zinssenkungen vorhandene Konjunktursorgen reduzieren.

Die Preise am Immobilienmarkt dürften sich nach zunächst erwarteten Wertkorrekturen bei einem im Jahresverlauf sinkenden Zinsniveau stabilisieren. Zudem sinkt das Risiko von Leerständen und die Ausfallwahrscheinlichkeit von Mieterträgen bei rückläufigen Zinsen bzw. verbesserten Konjunkturaussichten. Gegebenenfalls bietet sich die Opportunität, derzeit niedrig bewertete Immobilien in sehr guten Lagen mit langfristigen bonitätsstarken Mietern günstiger zu erwerben und hiermit die Chance, langfristig höhere Renditen zu realisieren.

Risikobericht

Gemäß § 289 Abs. 1 HGB und den Anforderungen des § 26 VAG in Verbindung mit den Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen (MaGo) wird an dieser Stelle über die Risiken der künftigen Entwicklung berichtet.

Risikomanagementsystem

Der Vorstand eines Versicherungsunternehmens ist nach § 26 Abs. 1 VAG für die Einrichtung eines angemessenen Risikomanagements verantwortlich. Die Grundlagen des Risikomanagements sowie die Aufgaben und Verantwortlichkeiten sind innerhalb der DEVK in der Risikostrategie sowie den Solvency II-Leitlinien zum Risikomanagement geregelt.

Die Risikomanagementfunktion und das zugehörige Risikomanagementsystem wurden gemäß den Solvency II-Anforderungen ausgerichtet. Die Risikomanagementfunktion wurde als Schlüsselfunktion in einer zentralen Einheit etabliert. Unterstützt wird die Risikomanagementfunktion durch dezentrale Risikomanagementeinheiten, wie z. B. Rückversicherung und Kapitalanlagen. Hierzu findet ein regelmäßiger Austausch, nicht zuletzt durch die dezentrale Risikorunde bzw. das Risikokomitee, statt. Das Risikomanagementsystem verfügt somit sowohl über eine zentral organisierte Einheit, deren Aufgabe es ist, das Risikomanagement übergreifend über alle Risikokategorien sicherzustellen, als auch über dezentrale Risikomanagementeinheiten, die mit ihrem Spezialwissen die Risikosituation vor Ort betrachten. Die operative Risikoverantwortung der Fachbereiche sowie die Verantwortung des Vorstands bleiben hiervon unberührt. Die Risikomanagementfunktion verantwortet die Methoden und Verfahren des Risikomanagements und ist für die konzeptionelle Entwicklung und Pflege des unternehmensweiten Risikomanagementsystems zuständig. Sie übernimmt die Koordinationsfunktion und unterstützt die Risikoverantwortlichen in den Fachbereichen.

Kernelemente zur Steuerung der Risiken der DEVK sind das Risikotragfähigkeitskonzept und das Limitsystem. Das Risikotragfähigkeitskonzept stellt eine ausreichende Hinterlegung von Eigenmitteln für alle wesentlichen Risiken sicher. Es dient dazu, den Risikoappetit des Unternehmens abzubilden und zu operationalisieren. Dafür werden für die wesentlichen Risiken („Marktrisiko“, „versicherungstechnisches Risiko“ und „Ausfallrisiko“) Grenzwerte bestimmt, um die Zielbedeckungsquote der Unternehmen für ein vordefiniertes Sicherheitsniveau sicherzustellen. Dadurch werden den genannten Risiken jährlich neue Maximalgrenzen für das jeweilige Risikokapital zugeordnet.

Zur Operationalisierung der Risikosteuerung wird innerhalb der DEVK ein Limitsystem als Überwachungssystem zur frühzeitigen Risikoidentifikation und -bewertung eingesetzt. Die Limitauslastung wird in Form von Risikokennzahlen dargestellt.

Zusätzlich wird halbjährlich eine umfassende Risikoinventur durchgeführt. Die Risiken werden strukturiert mit Hilfe einer Softwarelösung erhoben und nach Risikokategorien unterteilt. Die Risiken werden soweit möglich

quantifiziert. Die zur Risikosteuerung notwendigen Maßnahmen werden erfasst. Zudem werden Risiken ad hoc betrachtet, sofern sie wesentlich sind.

Mit Hilfe von Risikotragfähigkeitskonzept, Limitsystem und Risikoinventur kann unmittelbar und angemessen auf Entwicklungen reagiert werden, die für die DEVK ein Risiko darstellen. Wirksamkeit und Angemessenheit werden durch die Interne Revision überwacht.

Die Risikolage der Einzelunternehmen und des Konzerns wird quartalsweise anhand des Risikoberichts in der dezentralen Risikorunde sowie im Risikokomitee erörtert. Hierbei werden die als wesentlich identifizierten Risiken, die Limitauslastungen und die aktuellen Risikotreiber berücksichtigt. Anschließend wird der Risikobericht den jeweils verantwortlichen Vorständen im Rahmen einer Vorstandsvorlage vorgelegt.

Versicherungstechnische Risiken

Als versicherungstechnische Risiken sind insbesondere das Prämien-/Schadenrisiko und das Reserverisiko zu nennen. Diese werden mittels Standardformel unter Berücksichtigung von unternehmensspezifischen Parametern ermittelt.

Hierzu betrachten wir zunächst die Entwicklung der bilanziellen Schadenquote in den letzten zehn Jahren.

Bilanzielle Schadenquote			
Jahr	in %	Jahr	in %
2014	80,2	2019	72,5
2015	81,2	2020	74,4
2016	79,6	2021	75,4
2017	79,6	2022	73,4
2018	75,8	2023	72,1

Im Geschäftsjahr 2023 war trotz der Kostensteigerungen aufgrund der hohen Inflation eine Verbesserung der bilanziellen Schadenquote f. e. R. zu verzeichnen.

Mit Hilfe unserer Planungs- und Steuerungsinstrumente können wir unerwünschte und gefährliche Vertriebs-, Bestands- und Schadenentwicklungen frühzeitig erkennen und diesen entgegenwirken.

Unsere versicherungstechnischen Rückstellungen bemessen wir auskömmlich durch vorsichtige Bewertung der bereits gemeldeten Schäden, durch zusätzliche Rückstellungen für statistisch zu erwartende, aber am Bilanzstichtag noch unbekannte Schäden, für solche Schäden, die nach dem Bilanzstichtag wiedereröffnet werden müssen und für die Stornierung von Verträgen, die nachträglich erfolgt. Dem Reserverisiko wird damit angemessen Rechnung getragen. Nachfolgend die Abwicklungsergebnisse der letzten zehn Jahre.

Abwicklungsergebnis in % der Eingangsrückstellung			
Jahr	in %	Jahr	in %
2014	0,3	2019	2,4
2015	0,0	2020	1,9
2016	-0,1	2021	1,1
2017	-0,1	2022	2,8
2018	1,0	2023	5,0

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Die Risiken aus dem Ausfall ergeben sich aus Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern.

Unsere fälligen Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft betragen im Beobachtungszeitraum der letzten drei Jahre durchschnittlich 0,6 Mio. €. Von diesen Forderungen sind im Mittel 14,1 % ausgefallen. Bezogen auf die durchschnittlich gebuchten Bruttobeiträge (194,8 Mio. €) belief sich die Ausfallquote der letzten drei Jahre auf 0,05 %. Das Ausfallrisiko ist daher für unser Unternehmen von untergeordneter Bedeutung.

Zum Bilanzstichtag bestehen Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft mit einer Laufzeit von mehr als 90 Tagen in Höhe von 0,2 Mio. €.

Kapitalanlagerisiken

Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen:

- das Risiko ungünstiger Marktpreisentwicklungen, insbesondere Zins-, Aktien-, Immobilien- oder Wechselkursrisiken,
- das Risiko von Adressenausfällen (Bonitätsrisiko),
- das Risiko stark korrelierender Risiken, die das Ausfallrisiko erhöhen (Konzentrationsrisiko),
- das Liquiditätsrisiko, also das Risiko, Zahlungsverpflichtungen nicht jederzeit nachkommen zu können.

Seit 1. Januar 2017 gibt der interne Anlagekatalog die maßgeblichen Rahmenbedingungen für unsere Anlagepolitik vor. Die Strategische Asset Allokation konkretisiert die Anlagepolitik der DEVK. Seit 2020 beinhaltet die Strategische Asset Allokation eine eigene Assetklasse für Alternative Investments (Infrastruktur und Sonstiges). Durch den geplanten weiteren Ausbau von nicht-zinsabhängigen Kapitalanlagen infolge der Anpassung der Strategischen Asset Allokation steigen mittelfristig die potenziellen Wertschwankungen und sinkt teilweise die kurzfristige Handelbarkeit der Kapitalanlagen. Der geplante Ausbau von Realwerten im Portfolio erhöht mittelfristig somit das Risikoniveau der Kapitalanlagen.

Kurs- und Zinsrisiken wird weiterhin durch eine ausgewogene Mischung der Anlagearten begegnet. Darüber hinaus beschränken wir das Bonitätsrisiko bzw. das Konzentrationsrisiko durch sehr strenge Rating-Anforderungen und ständige Überprüfung der von uns gewählten Emittenten, so dass keine existenzgefährdenden Abhängigkeiten von einzelnen Schuldnern bestehen. Durch einen fortlaufenden ALM-Prozess (Asset-Liability-Management) wird die jederzeitige Erfüllung der bestehenden und zukünftigen Verpflichtungen sichergestellt.

Dem Liquiditätsrisiko wird durch die regelmäßige Ermittlung der Auslastung der Liquiditätsklassen im Rahmen des Risikomanagementprozesses begegnet. Diese Kennzahl fließt ins Limitsystem ein. Zusätzlich werden Liquiditätsstresse auf die Liquiditätsplanung des Unternehmens gerechnet, um adversen Ereignissen am Kapitalmarkt oder der Passivseite Rechnung zu tragen. Zudem werden anlassbezogene Sensitivitätsberechnungen durchgeführt.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 haben wir einen eigenen Kapitalanlagestresstest durchgeführt. Dieser überprüft, ob das Versicherungsunternehmen trotz einer eintretenden, anhaltenden Krisensituation auf den Kapitalmärkten in der Lage ist, die gegenüber den Kunden eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Der Kapitalanlagestresstest simuliert eine kurzfristige, adverse Kapitalmarktveränderung und betrachtet die bilanziellen Auswirkungen für das Versicherungsunternehmen. Zielhorizont ist der nächste Bilanzstichtag. Es wird insbesondere eine negative Entwicklung auf dem Aktienmarkt bei gleichbleibendem Rentenmarkt, ein gleichzeitiger „Crash“ auf dem Aktien- und Rentenmarkt sowie auf dem Aktien- und Immobilienmarkt unterstellt.

Liquiditätsrisiken werden anhand einer detaillierten mehrjährigen Kapitalanlageplanung gesteuert. Sollte sich zukünftig eine Liquiditätsunterdeckung ergeben, kann frühzeitig gegengesteuert werden. Zur besseren Einschätzung der Liquiditätsrisiken werden auch Liquiditätsstressszenarien abgeleitet aus den Solvency II-Stressen durchgeführt und bewertet. Darüber hinaus werden die Kapitalanlagen in verschiedene Liquiditätsklassen eingeteilt. Vorgegebene Grenzwerte in Relation zum Kapitalanlagebestand dürfen dabei nicht unterschritten werden. Die Einhaltung der Grenzen wird regelmäßig überprüft.

Zur Absicherung von Kapitalanlagerisiken bestehen Ende 2023 die folgenden Maßnahmen:

- Flexible Steuerung der Investitionsquote im Spezialfonds z. B. über Indexfutures sowie teilweise die Implementierung von Wertuntergrenzen
- Anpassung von Aktienrisiken über Optionsgeschäfte.

Zinsblock

Per 31. Dezember 2023 beträgt der Zinsblock der Gesellschaft 358,9 Mio. €. Dieser weist zum Stichtag eine negative Bewertungsreserve in Höhe von 38,5 Mio. € auf (im Vorjahr minus 51,8 Mio. €). Insgesamt 204,5 Mio. € sind als Inhaberpapiere (inkl. Rentenfonds) bei Zinsanstiegen abschreibungsgefährdet. Von diesen Inhaberpapieren sind gemäß § 341b HGB 204,5 Mio. € dem Anlagevermögen gewidmet, da die Absicht besteht, diese Papiere bis zur Endfälligkeit zu halten und etwaige Kursschwankungen als vorübergehend eingeschätzt werden. Sollte sich insbesondere die zweite Einschätzung als nicht zutreffend erweisen, werden die notwendigen Abschreibungen zeitnah vorgenommen. Diese Kapitalanlagen weisen eine negative Bewertungsreserve in Höhe von 19,0 Mio. € aus. Darin sind stille Lasten in Höhe von 19,9 Mio. € (Vorjahr 30,2 Mio. €) sowie stille Reserven in Höhe von 0,9 Mio. € (Vorjahr 0,1 Mio. €) enthalten. Da die Entwicklung der stillen Lasten primär auf die Marktzinsbewegung zurückzuführen ist und keine Anhaltspunkte für eine Bonitätsverschlechterung vorliegen, besteht aufgrund der Halteabsicht bis zur Endfälligkeit keine dauerhafte Wertminderung. Die Auswirkung einer Renditeverschiebung um +/- 1 %-Punkt bedeutet eine Wertveränderung von -21,5 Mio. € bzw. 24,0 Mio. €.

Die Angabe der Auswirkung eines Zinsanstiegs um einen Prozentpunkt gibt nur ansatzweise einen Hinweis auf den Einfluss auf unsere Ertragssituation. Grund dafür ist, dass sich innerhalb eines Jahres durch Restlaufzeitverkürzung der einzelnen Wertpapiere Marktwertveränderungen und Veränderungen der Zinssensitivität ergeben. Weiterhin ist der überwiegende Teil unserer Zinsanlagen in – dem Anlagevermögen gewidmeten – Inhaberschuldverschreibungen oder zum Nennwert bilanzierten Anleihen investiert. Hier führt ein Anstieg des Marktzinses aufgrund der Bilanzierungsvorschriften nicht zu Abschreibungen. Weisen die Wertpapiere noch stille Reserven aus, würden diese zunächst abgebaut. Ausnahme hiervon sind Wertverluste aufgrund von Bonitätsverschlechterungen, die sich bei den jeweiligen Emittenten ergeben könnten. Diese würden sich unter anderem in einer kurzfristigen Ausweitung der Risikozuschläge verdeutlichen. Sie bewegten sich im Jahr 2023 jedoch weitestgehend seitlich. Ansteigende Risikozuschläge infolge von Bonitätsverschlechterungen in einer wirtschaftlichen Abschwächung, Erwartung einer länger anhaltenden Rezession und einer wieder ansteigenden Inflation oder einer Aktienmarktkorrektur halten wir in 2024 für möglich.

Unsere Zinsanlagen erfolgen überwiegend in Pfandbriefen und Bankschuldverschreibungen. Darüber hinaus wurde auch in Unternehmensanleihen investiert. Der Schwerpunkt der Rentenueanlage lag im Jahr 2023 in nationalen und internationalen Inhaberschuldverschreibungen von Banken sowie staatsnahmen Emittenten. Bei den Rentenanlagen insgesamt handelt es sich im Wesentlichen um Inhaberpapiere, die dem Anlagevermögen gewidmet sind, sowie um Namenspapiere.

In einem niedrigen Umfang werden Anleihen von den europäischen Peripherieländern Italien, Spanien und Irland gehalten. Anleihen von Emittenten aus Russland und der Ukraine sind nicht im Direktbestand oder in durchgeschauten Spezialfonds vorhanden.

Hinsichtlich der Emittentenrisiken ist die Gesellschaft zu 5,8 % in Staatspapieren, 30,6 % in Unternehmensanleihen und 38,2 % in Wertpapieren und Anlagen von Kreditinstituten und anderen Finanzdienstleistern im Verhältnis zu den gesamten Kapitalanlagen investiert. Investitionen bei Kreditinstituten unterliegen größtenteils den verschiedenen gesetzlichen und privaten Einlagensicherungssystemen oder es handelt sich um Zinspapiere mit besonderen Deckungsmitteln kraft Gesetzes.

Unsere Zinsanlagen weisen folgende Ratingverteilung auf:

Ratingverteilung		
	Geschäftsjahr	Vorjahr
AA- und besser	46,4 %	42,3 %
A- bis A+	35,5 %	36,7 %
BBB- bis BBB+	18,2 %	20,4 %
BB+ und schlechter	0,0 %	0,6 %

Die Ratingverteilung der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht von „A- bis A+“ und „BBB- bis BBB+“ in Richtung „AA- und besser“ verschoben. Insgesamt hat sich dadurch die Risikolage leicht reduziert. In der Neu- und Wiederanlage investieren wir nahezu ausschließlich in Zinspapiere mit hoher Bonität.

Aktienanlagen

Unsere Aktienanlagen sind schwerpunktmäßig am DAX und am EuroStoxx50 ausgerichtet, so dass die Veränderung dieser Indizes auch die Wertänderung unseres Portfolios relativ exakt abbildet. Bei einer Marktveränderung von 20 % verändert sich der Wert unseres Aktienportfolios um 6,7 Mio. Der deutsche Aktienindex hat sich inklusive Dividenden im Jahr 2023 positiv entwickelt, der europäische Aktienindex hat eine nur unwesentlich schlechtere Performance gezeigt. Die Schwankungen innerhalb des Jahres waren z. T. hoch. Mittelfristig erwarten wir eine positive Entwicklung, allerdings unter zum Teil hohen Volatilitäten.

Vor dem Hintergrund unserer Markteinschätzung haben wir die effektive Aktienquote im Spezialfonds im Jahr 2023 aktiv mitunter deutlich angehoben mit abfallender Tendenz zum Jahresende. Insgesamt liegt die effektive Aktienquote zum Jahresende leicht unterhalb des Niveaus vom Jahresanfang. Sollten sich zukünftig infolge z. B. der Eskalation militärischer Auseinandersetzungen oder einer tieferen Rezession wirtschaftliche Probleme ergeben, kann die Aktienquote aktiv angepasst werden

Dem Anlagevermögen gewidmete Aktien bzw. Aktienfonds in Höhe von 25,1 Mio. € weisen eine Bewertungsreserve in Höhe von 1,8 Mio. € (Vorjahr negative Bewertungsreserve von -0,5 Mio. €) aus. Darin sind stille Lasten in Höhe von 0,2 Mio. € (Vorjahr 1,4 Mio. €) enthalten.

Immobilien

Am Bilanzstichtag waren 26,1 Mio. € in Liegenschaften investiert. Davon sind 13,1 Mio. € über Immobilienfonds und 8,3 Mio. € über Grundstücksbeteiligungen angelegt. Auf den Direktbestand der Immobilien in Höhe von 4,7 Mio. € erfolgten planmäßige Abschreibungen in einem Volumen von 75,7 Tsd. €. Auswirkungen aus einem möglichen Abschwung am Immobilienmarkt werden durch vorhandene stille Reserven, Diversifizierung und

möglichst langfristige Mietverträge begrenzt. Abgesehen vom Inflationsrisiko, das über eine Indexierung der Mietverträge begrenzt wird, liegen keine besonderen Risiken vor.

Alternative Investments

Im Rahmen der Ende 2019 angepassten Strategischen Asset Allokation wurde beschlossen, diese Assetklasse weiter auszubauen. Der Bestand an Alternativen Investments (ohne Private Equity) verteilt sich auf Investitionen in Infrastruktur und Sonstiges. Das Volumen liegt zum 31. Dezember 2023 bei 9,9 Mio. € (Vorjahr 7,2 Mio. €). Dies entspricht 2,1 % (Vorjahr 1,5 %) der gesamten Kapitalanlagen zu Buchwerten. Der Bestand teilt sich auf in 75 % Infrastruktur und 25 % Sonstige Alternative Investments. Im Geschäftsjahr 2023 sind wie im Vorjahr keine Zu- und Abschreibungen entstanden. Der ordentliche Ertrag 2023 sinkt von 0,2 Mio. € im Vorjahr auf 0,1 Mio. €. Konstruktionsbedingt entsteht bei Alternativen Investments der größte Teil der Kosten zu Beginn der Investitionsphase.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken entstehen aus unzulänglichen oder fehlgeschlagenen betrieblichen Abläufen, Versagen technischer Systeme, menschlichem Fehlverhalten oder externen Ereignissen. Rechtsrisiken sind Bestandteil der operationellen Risiken. Hierunter zählen auch Compliance-Risiken.

Das Management der operationellen Risiken erfolgt durch eine sorgfältige Ausgestaltung des Internen Kontrollsystems. Zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der betrieblichen Abläufe sind zu den Risiken entsprechende Kontrollen eingerichtet. Deren Funktionsfähigkeit wird laufend überwacht, etwaige Kontrollschwächen werden beurteilt und gegebenenfalls beseitigt. Im Rahmen des Internen Kontrollsystem-Prozesses erfolgt eine Zuweisung klarer Zuständigkeiten für die regelmäßige Ermittlung, Dokumentation und Überwachung relevanter Exponierungen gegenüber dem Risiko.

Operationelle Risiken werden schwerpunktmäßig in der halbjährlichen Risikoinventur und fortlaufend in der Prozessdokumentation erfasst und beschrieben.

Die Unterstützung der Geschäftsprozesse durch den IT-Betrieb bringt eine Vielzahl operationeller Risiken mit sich. Die Sicherheit der Programme und der Datenhaltung sowie des laufenden Betriebs werden durch umfassende Zugangskontrollen und Schutzvorkehrungen sowohl in den internen Rechenzentren als auch in Rechenzentren der Drittanbieter (Cloud) gewährleistet. Die IT-Infrastruktur der DEVK ist redundant ausgelegt. Die beiden Rechenzentren sind über zwei getrennte Glasfaserleitungen miteinander verbunden. Es werden im Rahmen der Cloud-Strategie eine Vielzahl der Systeme in der Cloud betrieben.

Die Informationssicherheits-Strategie der DEVK nennt als Sicherheitsziele die Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit von Daten, Anwendungen und der IT-Infrastruktur. Zentrale Elemente des Informationssicherheits-Managements der DEVK sind das Informationssicherheits-Board und der Informationssicherheits-Beauftragte. Das Informationssicherheits-Board dient der strategischen Steuerung der Informationssicherheit der DEVK-Gruppe und der Vorbereitung sicherheitsrelevanter Entscheidungsvorlagen für den Vorstand. Der Informationssicherheits-Beauftragte steuert den Informationssicherheits-Prozess. Um ein gleichmäßiges und angemessenes Sicherheitsniveau zu erreichen, werden die Sicherheitsmaßnahmen am Schutzbedarf und den Bedrohungen ausgerichtet. Die DEVK strebt im Hinblick auf das Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme (IT-Sicherheitsgesetz) für den IT-Betrieb die Zertifizierungsreife nach ISO27001 auf Basis des IT-Grundschutzes nach Standard des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik an.

Ein weiterer Baustein der Informationssicherheit ist auch die Sensibilisierung der Mitarbeitenden für die Gefahren aus Social Engineering, Datenschutz und Cyberkriminalität. Hierzu werden über unser Weiterbildungsportal entsprechende Schulungen angeboten bzw. verpflichtend absolviert.

Das Notfallmanagement (Business Continuity Management) ist Bestandteil des Internen Kontrollsystems. Es gewährleistet, dass die DEVK bei Unterbrechungen zeitkritischer Aktivitäten ihren Geschäftsbetrieb auf einem festgelegten Mindestniveau (Notbetrieb) fortsetzen und schnellstmöglich eine Wiederherstellung des Normalbetriebs erreichen kann. Zentraler Bestandteil des Notfallmanagements ist die Identifizierung der zeit- und geschäftskritischen Aktivitäten einschließlich der erforderlichen Ressourcen. Als kritische Aktivitäten werden all jene bezeichnet, durch deren Ausfall eine Bestandsgefährdung der DEVK-Gruppe erfolgen kann. Szenariospezifisch bestehen Notfallpläne, die einen definierten Notbetrieb gewährleisten und eine schnelle Rückkehr zum Normalbetrieb ermöglichen. Notfallübungen dienen der Überprüfung der getroffenen Maßnahmen.

Auf der Grundlage der Anforderungen wurde ein IT-Service Continuity Plan mit folgenden Bestandteilen entwickelt:

- IT-Notfallhandbuch,
- Wiederanlaufpläne für alle geschäftskritischen Anwendungs-Services und Basisdienste und
- übergeordneter Wiederanlauf-Gesamtplan.

Der IT-Service Continuity Plan wird regelmäßig getestet, um sicherzustellen, dass die IT-Systeme effektiv wiederhergestellt werden können.

Das Management von Kopfmonopolen und Schlüsselpositionen ist grundsätzlich Bestandteil der Personalstrategie der DEVK-Gruppe. Im Rahmen der Personalplanung werden Kopfmonopole und Schlüsselpositionen regelmäßig erhoben. Zur Vermeidung von Kopfmonopolen wird Wissen auf mehrere Mitarbeitende verteilt. Dokumentationen unterstützen die Einarbeitung und Verteilung von Wissen.

Dem demografischen Risiko begegnet die DEVK-Gruppe mit Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitgeberattraktivität. Hierzu zählen verstärktes Personalmarketing und flexible Arbeitszeitmodelle zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ein aktives Gesundheitsmanagement wirkt dem Krankheitsrisiko der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entgegen.

Rechtliche Risiken sind Bestandteil der operationellen Risiken. Rechtsänderungsrisiken bezeichnen Risiken, die sich aufgrund einer Änderung des Rechtsumfelds einschließlich der aufsichtsrechtlichen Anforderungen ergeben. Zu den Folgen aus Compliance-Risiken gehören rechtliche oder aufsichtsrechtliche Sanktionen und wesentliche finanzielle Verluste, die aus der Nichteinhaltung externer Anforderungen oder interner Vorgaben resultieren. Die DEVK hat ein Compliance-Management-System etabliert, das die Einhaltung externer Anforderungen und interner Vorgaben gewährleistet.

Solvency II

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen von Solvency II wurden umgesetzt. Zur Optimierung der Umsetzung der Anforderungen stand auch im Jahr 2023 die weitere Automatisierung der Abläufe im Fokus.

Die DEVK Rechtsschutzversicherungs-AG hat im Jahr 2023 sämtliche Berichtspflichten, wie den Geschäftsbericht, den Bericht über die Solvabilität und Finanzlage, den Regular Supervisory Report (als Änderungsbericht) und den Bericht zur unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung gegenüber der Aufsicht bzw. gegenüber der Öffentlichkeit erfüllt.

Die von der BaFin genehmigte Anwendung der unternehmensspezifischen Parameter für die DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG ist weiterhin gültig und wird zur Berechnung des Prämien- und Reserverisikos herangezogen. Durch diese Parameter werden die Risiken in adäquatem Maße bei den Berechnungen der Kapitalanforderungen berücksichtigt. Bei der aufsichtsrechtlichen Solvenzberechnung zeigte sich eine Überdeckung.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen der Solvabilitätsverordnung werden erfüllt.¹

Projektionsrechnungen im Rahmen des letzten ORSA-Prozesses per 31. Dezember 2022 zeigen, dass eine ausreichende Bedeckung des Risikokapitals auch in Zukunft sichergestellt ist.¹

Insgesamt ist zurzeit keine Entwicklung erkennbar, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage führt und damit den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnte.

Köln, 8. März 2024

Der Vorstand

Dr. Abaza-Uhrberg

Hetzenegger

Kaube

Nohren



Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2023

Aktivseite	€	€	€	Vorjahr Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		505.901		547
II. geleistete Anzahlungen		510.414		165
			1.016.315	712
B. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		4.677.824		4.754
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	46.716.388			37.414
2. Beteiligungen	9.284.177			7.801
		56.000.565		45.215
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	57.634.655			55.451
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	199.800.484			196.308
3. Sonstige Ausleihungen	154.424.473			138.786
4. Andere Kapitalanlagen	2.500.000			1.250
		414.359.612		391.796
			475.038.001	441.765
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	504.029			418
2. Versicherungsvermittler	264.956			-
		768.985		418
II. Sonstige Forderungen		1.669.957		563
davon:				981
an verbundene Unternehmen: 1.532.644 €			2.438.942	475
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		1.446.262		1.724
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		6.167		6
III. Andere Vermögensgegenstände		123.696		-
			1.576.125	1.731
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		3.698.924		3.556
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		2.811		11
			3.701.735	3.567
Summe der Aktiva			483.771.118	448.755

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Sicherungsvermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Passivseite			
	€	€	€ Vorjahr Tsd. €
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		21.000.000	21.000
II. Kapitalrücklage		37.285.378	37.285
III. Gewinnrücklagen			
1. gesetzliche Rücklage	306.775		307
2. andere Gewinnrücklagen	1.971.306		1.971
		<u>2.278.081</u>	2.278
		60.563.459	60.563
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		389.609.369	357.648
II. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		4.897.448	4.336
III. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen		<u>143.466</u>	133
		394.650.283	362.118
C. Andere Rückstellungen			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		7.293.154	7.601
II. Sonstige Rückstellungen		<u>276.604</u>	147
		7.569.758	7.748
D. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber			
- Versicherungsnehmern		3.338.106	2.581
II. Sonstige Verbindlichkeiten		<u>14.579.732</u>	14.883
davon:			17.464
aus Steuern: 2.820.216 €			2.729
gegenüber verbundenen Unternehmen: 11.417.674 €			11.938
		17.917.838	
E. Rechnungsabgrenzungsposten			
		3.069.780	861
Summe der Passiva		483.771.118	448.755

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

Posten	€	€	€	€ Vorjahr Tsd. €
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge				
- Gebuchte Bruttobeiträge			203.856.713	201.950
2. Sonstige versicherungstechnische Erträge			67.841	80
3. Aufwendungen für Versicherungsfälle				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		115.113.408		117.945
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		<u>31.961.072</u>		30.311
			147.074.480	148.256
4. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen			-10.129	6
5. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung			561.066	1.301
6. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb			52.896.116	48.602
7. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen			3.008	-
8. Versicherungstechnisches Ergebnis			3.379.755	3.876
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		574.399		2.775
davon:				
aus verbundenen Unternehmen: 410.120 €				3
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		565.300		544
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		<u>9.072.123</u>		8.118
			9.637.423	8.662
c) Erträge aus Zuschreibungen			678.265	7
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen			<u>316.836</u>	753
			11.206.923	12.197
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		641.158		616
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		556.986		1.462
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		<u>817</u>		427
			1.198.961	2.505
			10.007.962	9.693
3. Sonstige Erträge			1.566.508	368
4. Sonstige Aufwendungen			<u>3.462.184</u>	2.163
			-1.895.676	-1.794
5. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			11.492.041	11.775
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			16.609	27
7. Sonstige Steuern			<u>57.758</u>	55
			74.367	83
8. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne			11.417.674	11.692
9. Jahresüberschuss			-	-

Anhang

Bilanzierungs-, Ermittlungs- und Bewertungsmethoden

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** (EDV-Software) wurden zu Anschaffungskosten bewertet und planmäßig abgeschrieben. Bei geringwertigen Anlagegütern, die dem Sammelposten zugeführt wurden, erfolgen Abschreibungen über fünf Jahre verteilt, jeweils beginnend mit dem Anschaffungsjahr. Andernfalls wurden diese im Jahr der Anschaffung als Betriebsausgabe erfasst.

Die **Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken** wurden mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen bewertet.

Die **Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen** wurden mit den Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert ausgewiesen. Das Wertaufholungsgebot wurde beachtet.

Der Ansatz der **Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere**, der **Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere** erfolgte zu Anschaffungskosten, niedrigeren Börsenkursen oder zu dem niedrigeren beizulegenden Wert. Kapitalanlagen, die nach § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet wurden, wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Kapitalanlagen, die dem Umlaufvermögen zugeordnet worden sind, wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Sofern in früheren Jahren eine Abschreibung auf einen niedrigeren Wert erfolgte, wurde eine Zuschreibung vorgenommen, wenn diesen Vermögensgegenständen am Bilanzstichtag wieder ein höherer Wert beigemessen werden konnte. Die Zuschreibungen erfolgten bis zur Höhe der Anschaffungskosten oder auf den niedrigeren Börsenwert.

Derivate wurden grundsätzlich zu Anschaffungskosten oder zu dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bewertet. Bei der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte wurden Marktwerte herangezogen. Für Aktienoptionen, deren Wert zum Stichtag die passivierte Verbindlichkeit überstieg, wurde eine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet. Die Berechnung erfolgte nach der Glatstellungsmethode.

Die Bilanzwerte der **Namenschuldverschreibungen** entsprechen den Nennwerten. Agio und Disagio wurden durch Rechnungsabgrenzung auf die Laufzeit verteilt.

Die Bilanzwerte der **Schuldscheinforderungen und Darlehen** werden zu fortgeführten Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation, einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und den Rückzahlungsbeträgen, unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt.

Die **anderen Kapitalanlagen** wurden zu Anschaffungskosten bewertet.

Die **Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** sind zu Nennwerten abzüglich Einzelwertberichtigungen und einer Pauschalabwertung für das latente Ausfallrisiko bilanziert worden.

Die **sonstigen Forderungen** wurden zu Nennwerten bewertet.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** wurden, soweit sie nicht die Betriebs- und Geschäftsausstattung betrafen, zu Nennwerten bewertet. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde zu Anschaffungs- oder Her-

stellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Die Abschreibungen wurden nach der linearen Methode ermittelt. Bei geringwertigen Anlagegütern, die dem Sammelposten zugeführt wurden, erfolgen Abschreibungen über fünf Jahre verteilt, jeweils beginnend mit dem Anschaffungsjahr. Andernfalls wurden diese im Jahr der Anschaffung als Betriebsausgabe erfasst.

Unter den **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** wurden neben Vorauszahlungen für künftige Zeiträume, das Agio aus Namensschuldverschreibungen sowie die noch nicht fälligen Zinsansprüche zu Nennwerten angesetzt.

Die Bemessung der **versicherungstechnischen Rückstellungen** erfolgte nach den folgenden Grundsätzen: Für Schadenfälle der letzten sechs Meldejahre wurde die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft mittels eines Gruppenbewertungsverfahrens bewertet. Alle noch nicht erledigten Schadenfälle älteren Meldedatums wurden nach Aktenlage einzeln bewertet.

Für den Spätschadenbedarf sowie für wiederauflebende Schadenfälle wurden auf der Grundlage von Erfahrungswerten Pauschalrückstellungen gebildet.

In der Rückstellung wurden Beträge für die Schadenregulierungen berücksichtigt. Zusätzlich wurde eine vertragsbezogene Rückstellung für Beitragsrückerstattung gebildet.

Die **Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung** erfolgte aufgrund vertraglicher Vereinbarungen in einem Gruppenversicherungsvertrag.

Die **sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen** enthalten eine Stornorückstellung für Beitragsforderungen. Die Rückstellung wurde auf Basis der stornierten Verträge der letzten fünf Jahre hochgerechnet.

Die **anderen Rückstellungen** wurden nach folgenden Grundlagen gebildet:

Die Berechnung der **Pensionsrückstellung** erfolgte nach der sogenannten Projected Unit Credit-Methode auf der Basis der HEUBECK-Richttafeln 2018 G. Der Diskontierungszinssatz wurde auf Basis der gültigen Rückstellungsabzinsungsverordnung als 10-jähriger Durchschnitt festgelegt. Er wurde mit 1,83 % (Vorjahr 1,78 %) angesetzt und auf Basis einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ermittelt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Als Finanzierungsendalter wurde die vertragliche Altersgrenze verwendet. Die Gehaltdynamik wurde mit 2,0 % p. a., der Trend zur Beitragsbemessungsgrenze wurde mit 3,0 % p.a. und die Rentendynamik wurde je nach Zusage mit 1,0 %, 2,0 % bzw. 2,1 % p. a. angesetzt.

Die Höhe der Drohverlustrückstellungen wird nach der Glatstellungsmethode berechnet.

Die **sonstigen Rückstellungen** sind für das laufende Geschäftsjahr gebildet und bemessen sich nach dem nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag.

Die **Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** und die **sonstigen Verbindlichkeiten** wurden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Unter den **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** wurde das Disagio aus Namensschuldverschreibungen sowie im Voraus empfangene Mieten angesetzt.

Die Währungsumrechnung von Posten in fremder Währung erfolgte zum Bilanzstichtag mit dem Devisenkassamittelkurs.

Angaben zu latenten Steuern erfolgen aufgrund der steuerlichen Organschaft auf Ebene der Organträgerin DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE, Köln.

Entwicklung der Aktivposten A., B. I. bis III. im Geschäftsjahr 2023

Aktivposten	Bilanzwerte		Um- buchungen	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
	Vorjahr Tsd. €	Zugänge Tsd. €					
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	547	108	3	-	-	152	506
2. geleistete Anzahlungen	164	349	- 3	-	-	-	510
3. Summe A.	711	457	-	-	-	152	1.016
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken							
	4.753	-	-	-	-	76	4.677
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	37.414	8.991	-	-	311	-	46.716
2. Beteiligungen	7.801	1.810	-	327	-	-	9.284
3. Summe B. II.	45.215	10.801	-	327	311	-	56.000
B. III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	55.451	3.488	-	1.191	368	481	57.635
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	196.309	8.952	-	5.461	-	-	199.800
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	100.500	26.000	-	3.500	-	-	123.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	38.287	148	-	7.009	-	-	31.426
4. Andere Kapitalanlagen	1.250	1.250	-	-	-	-	2.500
5. Summe B. III.	391.797	39.838	-	17.161	368	481	414.361
insgesamt	442.476	51.096	-	17.488	679	709	476.054

Bei den Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken handelt es sich um planmäßige Abschreibungen. Aufgrund von voraussichtlich dauernden Wertminderungen wurden bei Vermögensgegenständen des Anlagevermögens außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 0,2 Mio. € vorgenommen.

Erläuterungen zur Bilanz

Zu Aktiva B.

Kapitalanlagen

Wir haben Kapitalanlagen, die dauerhaft im Kapitalanlagebestand gehalten werden sollen, gemäß § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet. Die Kapitalanlagen weisen zum 31. Dezember 2023 folgende Buch- und Zeitwerte aus:

Kapitalanlagen	Buchwert €	Zeitwert €
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.677.824	7.660.000
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	46.716.388	72.167.854
2. Beteiligungen	9.284.176	11.473.915
B. III. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	57.634.655	67.793.140
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	199.800.484	181.326.562
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	123.000.000	106.848.555
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	31.424.473	28.153.825
4. Andere Kapitalanlagen	2.500.000	2.500.000
insgesamt	475.038.000	477.923.851
davon:		
zu Anschaffungskosten bewertete Kapitalanlagen	352.038.001	371.075.296
davon:		
Kapitalanlagen im Anlagevermögen gemäß § 341b Abs. 2 HGB	242.754.602	228.157.420

In den Bewertungsreserven sind insgesamt stille Lasten in Höhe von 39,9 Mio. € enthalten. Diese entfallen auf die Sonstigen Kapitalanlagen.

Bei der Ermittlung der Zeitwerte wurden in Abhängigkeit von der jeweiligen Anlageart verschiedene Bewertungsmethoden angewandt.

Die Bewertung des Grundbesitzes erfolgte grundsätzlich nach dem Ertragswertverfahren. Alle am 31. Dezember 2023 vorhandenen Grundstücksobjekte sind zu diesem Termin neu bewertet worden.

Die Zeitwertermittlung für Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen erfolgte zum Marktwert oder zum Buchwert.

Sowohl Aktien, Anteile an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere als auch die zu Anschaffungskosten bilanzierten festverzinslichen Wertpapiere wurden mit den Börsenjahresabschlusskursen bewertet. Die Zeitwerte der sonstigen Ausleihungen wurden gemäß § 56 RechVersV auf der Grundlage der Renditestrukturkurve zu marktüblichen Konditionen ermittelt.

Die Zeitwertermittlung sonstiger anderer Kapitalanlagen erfolgte Buchwert gleich Marktwert.

Bei auf fremde Währung lautenden Kapitalanlagen wurde der Devisenkassamittelkurs zum Jahresende in die Zeitwertermittlung einbezogen.

Finanzinstrumente i. S. d. § 285 Nr. 18 HGB, die über ihrem beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden

	Buchwert Tsd. €	beizulegender Zeitwert Tsd. €
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	5.380	4.640
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	166.675	147.322
Sonstige Ausleihungen	131.899	112.062

Abschreibungen wurden unterlassen, da es sich nicht um voraussichtlich dauernde Wertminderungen handelt. Es ist beabsichtigt, diese Wertpapiere bis zu ihrer Fälligkeit zu halten bzw. nach unserem Bewertungstool oder unseren Analysen nur von einer vorübergehenden Wertminderung ausgegangen wird.

Derivative Finanzinstrumente und Vorkäufe gemäß § 285 Nr. 19 HGB

	Art	Nominaler Umfang Tsd. €	Buchwert Premie Tsd. €	beizulegender Wert der Premie Tsd. €
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Long-Put-Optionen	465	23	15
	Long-Call-Optionen	1.000	70	73
	Short-Put-Optionen	1.257	79	34
Sonstige Verbindlichkeiten	Short-Call-Optionen	540	13	19

Bewertungsmethode

Optionen: europäische Optionen Black-Scholes
amerikanische Optionen Barone-Adesi

Anteile oder Anlageaktien an inländischen Investmentvermögen gemäß § 285 Nr. 26 HGB

Anlageziel	Ausschüttung Tsd. €	Zeitwert Tsd. €	stille Reserven/ stille Lasten Tsd. €	Beschränkung der täglichen Rückgabe
Aktienfonds	496	21.318	399	
Immobilienfonds	499	15.766	2.643	zwischen jederzeit bis nach 6 Monaten

Zu Aktiva B. II.

Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

	Anteil in %	Eigenkapital €	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres €
DEVK Omega GmbH, Köln	25,00	35.510.224	40.901
DEVK Saturn GmbH, Köln	33,33	64.094.390	971.784
Grundversorgung S.C.S., Luxemburg (L)	4,27	173.155.206 ²	1.838.068 ²
KLUGO GmbH, Köln	100,00	1.246.962	202.439

² Basis Teilkonzernabschluss

Zu Aktiva B. III.

Sonstige Kapitalanlagen

Die **anderen Kapitalanlagen** setzen sich aus Private Equity Dachfondsanteilen zusammen, die primär in Private Equity Zielfonds investieren.

Zu Aktiva E. II.

Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Vorauszahlungen für künftige Leistungen	1.122 €
Agio aus Namensschuldverschreibungen	1.689 €
	<hr/>
	2.811 €

Zu Passiva A. I.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 21,0 Mio. € ist in 21,0 Mio. nennwertlose Stückaktien eingeteilt.

Zu Passiva B. I.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Das Abwicklungsergebnis des Geschäftsjahres beträgt 17,9 Mio. € (Vorjahr 8,9 Mio. €).

Zu Passiva B. II.

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

erfolgsunabhängig	
Stand 31.12.2022	4.336.382 €
Zuführung	561.066 €
Stand 31.12.2023	<hr/>
	4.897.448 €

Zu Passiva E.

Rechnungsabgrenzungsposten

Disagio aus Namensschuldverschreibungen	3.069.780 €
---	-------------

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
gebuchte Beiträge	203.857	201.950
verdiente Beiträge	203.857	201.950
Aufwendungen für Versicherungsfälle	147.074	148.256
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	52.896	48.602
versicherungstechnisches Ergebnis	3.380	3.877
versicherungstechnische Rückstellungen insgesamt	394.650	362.118
davon:		
- Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	389.609	357.648
Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge	1.031.799	1.037.159

Im gesamten Versicherungsgeschäft entfielen von den Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb auf:

Abschlussaufwendungen	23.233.854 €
Verwaltungsaufwendungen	29.662.262 €

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	33.930	31.010
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	-	-
3. Löhne und Gehälter	626	495
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	-	-
5. Aufwendungen für Altersversorgung	-	933
insgesamt	34.556	32.438

Die Pensionsrückstellung für die im Wege des Gemeinschaftsvertrags zur Verfügung gestellten Mitarbeiter wird bei der DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE bilanziert. Die Zuführung zur Pensionsrückstellung, mit Ausnahme der Zinszuführung, wird der DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG belastet.

Im Berichtsjahr betragen die Bezüge des Vorstands 651.353 €. Die Ruhegehälter früherer Vorstandsmitglieder bzw. Hinterbliebener beliefen sich auf 322.881 €. Für diesen Personenkreis war am 31. Dezember 2023 eine Pensionsrückstellung von 6.382.654 € zu bilanzieren. Die Vergütungen des Aufsichtsrats beliefen sich auf 72.633 €.

Von den Erträgen aus Kapitalanlagen entfallen - € (Vorjahr 30.105 €) auf die Währungsumrechnung. Die Aufwendungen für Kapitalanlagen enthielten 817 € (Vorjahr 3.355 €) aus der Währungsumrechnung.

Abschlussprüferhonorare

Für Leistungen, die der Abschlussprüfer (KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) für das Unternehmen erbracht hat, wurden im Geschäftsjahr 84.416 € aufgewendet (inkl. 11.955 € Minderaufwand für 2022). Diese entfielen in vollem Umfang auf Abschlussprüfungsleistungen.

Sonstige Angaben

Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB

Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB beträgt zum Stichtag 70.014 € (Vorjahr 399.215 €) und resultiert aus der Pensionsrückstellung.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Resteinzahlungsverpflichtungen aus Immobilienbeteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen betragen zum Jahresende insgesamt 10,0 Mio. €. Hierauf entfallen Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 5,9 Mio. €.

Es bestanden am Bilanzstichtag finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 1,8 Mio. € aus offenen Short-Optionen.

Auswirkungen aus dem Mindeststeuergesetz (MinStG)

Das MinStG, das am 15. Dezember 2023 vom Bundesrat final beschlossen wurde, ist Teil des Mindestbesteuerungsrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (MinBestRL-UmsG), welches der nationalen Umsetzung der europäischen Richtlinie (EU) 2022/2523 des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Gewährleistung einer globalen effektiven Mindestbesteuerung für multinationale Unternehmensgruppen und große inländische Gruppen in der Europäischen Union dient. Das MinStG wird grundsätzlich auf Geschäftsjahre anwendbar sein, die nach dem 30. Dezember 2023 beginnen.

Die Gruppenträgerin der deutschen Mindeststeuergruppe sowie gleichzeitig die oberste Mutter-gesellschaft i. S. d. § 4 Abs. 3 MinStG ist der DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn. Auswirkungen aus der Anwendbarkeit des MinStG sind daher auf Ebene der Berichtsgesellschaft nicht zu erwarten.

Um die potenzielle Belastung für die Gruppe zu analysieren, wird zum 1. Januar 2024 ein Projekt zur Betroffenheitsanalyse und anschließender Umsetzung der Regelungen initialisiert. Eine etwaige Belastung mit sogenannten Ergänzungssteuerbeträgen ist derzeit weder bekannt noch betragsmäßig zu beziffern.

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres waren keine Vorgänge oder Ereignisse zu verzeichnen, die die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinflussen.

Allgemeine Angaben

Die DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG, Köln, ist beim Amtsgericht unter der Handelsregisternummer HRB 11144 eingetragen.

Die Aufstellung der Mitglieder des Geschäftsführungsorgans und des Aufsichtsrats befinden sich vor dem Lagebericht.

Unser Unternehmen verfügt nicht über eigenes Personal.

Der Jahresabschluss wird gemäß den rechtlichen Vorschriften im Unternehmensregister veröffentlicht.

An unserer Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag die DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE, Köln, mit 100 % beteiligt. Diese hat gemäß § 20 Abs. 4 AktG mitgeteilt, dass ihr die Mehrheit der Stimmrechte zustehen.

Name und Sitz des Mutterunternehmens, das den befreienden Konzernabschluss aufstellt, in den das Unternehmen einbezogen wurde:

DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung
Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G.
Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn
Zentrale, Riehler Straße 190, 50735 Köln

Der Konzernabschluss ist auf der Homepage der DEVK unter www.devk.de eingestellt und wird im Unternehmensregister veröffentlicht.

Köln, 8. März 2024

Der Vorstand

Dr. Abaza-Uhrberg

Hetzenegger

Kaube

Nohren

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-Aktiengesellschaft, Köln

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-Aktiengesellschaft, Köln, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jah-

resabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Bewertung der in der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft enthaltenen Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle

Hinsichtlich der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang der Gesellschaft im Abschnitt „Bilanzierungs-, Ermittlungs- und Bewertungsmethoden“. Risikoangaben sind im Lagebericht im Abschnitt „Risikobericht“ enthalten.

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Die Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle betragen EUR 389,6 Mio. Diese entsprechen 80,5 % der Bilanzsumme.

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle setzt sich aus verschiedene Teilschadenrückstellungen zusammen. Die Rückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle bilden hier von den wesentlichen Teil.

Die Bewertung der Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle unterliegt Unsicherheiten hinsichtlich der voraussichtlichen Schadenhöhe und ist daher insbesondere bezogen auf die unbekanntes Versicherungsfälle stark ermessensbehaftet. Die Schätzung darf nach handelsrechtlichen Grundsätzen nicht risikoneutral im Sinne einer Gleichgewichtung von Chancen und Risiken durchgeführt werden, sondern hat unter Beachtung des Vorsichtsprinzips (§ 341e Abs. 1 Satz 1 HGB) zu erfolgen.

Der Ansatz der Rückstellung für bekannte Versicherungsfälle – auch für bekannte Spätschäden – erfolgte für Versicherungsfälle, die im Berichtsjahr bzw. in den ersten fünf Vorjahren gemeldet wurden, nach einem Gruppenverfahren. Für Versicherungsfälle, die vor mehr als sechs Jahren gemeldet wurden, erfolgte der Ansatz einzelfallbezogen. Für bereits eingetretene aber noch nicht gemeldete Schadenfälle (unbekannte Schadenfällen) werden Spätschadenrückstellungen gebildet, die überwiegend nach Erfahrungssätzen berechnet werden; dabei kommen anerkannte versicherungsmathematische Verfahren zur Anwendung.

Das Risiko für den Abschluss besteht bei den zum Bilanzstichtag bereits bekannten Schadenfällen darin, dass die noch zu erwartenden Schadenzahlungen nicht in zutreffender Höhe zurückgestellt werden. Bei den unbekanntes Schadenfällen besteht daneben das Risiko, dass diese nicht in zutreffendem Umfang geschätzt werden.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Bei der Prüfung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle haben wir (als Teil des Prüfungsteams) eigene Aktuarien eingesetzt und risikoorientiert insbesondere folgende wesentliche Prüfungshandlungen durchgeführt:

- Wir haben uns einen grundlegenden Überblick über den Prozess zur Ermittlung der Rückstellungen verschafft, wesentliche Prozessrisiken und die sie abdeckende Kontrollen identifiziert und die identifizierten Kontrollen auf ihre Angemessenheit und Wirksamkeit hin getestet. Wir haben uns insbesondere davon überzeugt, dass die Kontrollen, mit denen die korrekte Bewertung sichergestellt werden sollen, sachgerecht aufgebaut sind und wirksam durchgeführt werden.

- Auf Basis einer Stichprobe haben wir die Höhe einzelner, bekannter Schadenrückstellungen, bei denen der Rückstellungsansatz einzelfallbezogen erfolgt ist, anhand der Aktenlage nachvollzogen.
- Wir haben die Berechnung der Gesellschaft zur Ermittlung der bekannten Versicherungsfälle und unbekanntem Spätschäden nachvollzogen. Dabei haben wir insbesondere für die unbekanntem Spätschäden die Herleitung der geschätzten Anzahl der Schäden und deren Höhe auf der Grundlage historischer Erfahrungen und aktueller Entwicklungen gewürdigt.
- Die tatsächliche Entwicklung der im Vorjahr gebuchten Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle haben wir anhand der Abwicklungsergebnisse analysiert.
- Anhand eines Zeitreihenvergleichs insbesondere von Schadenstückzahlen, Schadenhäufigkeiten, durchschnittliche Schadenhöhen sowie der Geschäftsjahres- und bilanziellen Schadenquoten haben wir die Entwicklung der Schadenrückstellung analysiert.
- Wir haben eigene aktuarielle Berechnungen durchgeführt. Hierbei haben wir jeweils eine Punktschätzung vorgenommen und diese mit den Berechnungen der Gesellschaft verglichen.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die verwendeten Methoden sowie die zugrunde liegenden Annahmen zur Bewertung der in der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft enthaltenen Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekanntem Versicherungsfälle sind sachgerecht, stehen im Einklang mit den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen und wurden korrekt angewendet. Die zugrunde liegenden Annahmen wurden in geeigneter Weise abgeleitet.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen den Geschäftsbericht. Die sonstigen Informationen umfassen nicht den Jahresabschluss, die inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben sowie unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig be-

stimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen

resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit

auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Art. 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 10. Mai 2023 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 5. Juni 2023 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 1998 als Abschlussprüfer der DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-Aktiengesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Wir haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht des geprüften Unternehmens angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für das geprüfte Unternehmen bzw. für die von diesem beherrschten Unternehmen erbracht:

- Prüfung der Solo-Solvabilitätsübersicht der Gesellschaft.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Colin Schenke.

Köln, den 27. März 2024

KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Schenke

Wirtschaftsprüfer

Bramkamp

Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat während des Geschäftsjahres 2023 die Geschäftsführung des Vorstands aufgrund schriftlicher und mündlicher Berichterstattung laufend überprüft und sich in mehreren Sitzungen über die geschäftliche Entwicklung, die Geschäftspolitik und die Ertragslage des Unternehmens unterrichten lassen.

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die gemäß den gesetzlichen Vorschriften zum Abschlussprüfer bestellt wurde, hat den vom Vorstand erstellten Jahresabschluss und Lagebericht 2023 geprüft. Diese Prüfung hat zu keinen Beanstandungen geführt. Der Bestätigungsvermerk wurde ohne Einschränkung erteilt. Der Aufsichtsrat hat die Prüfungsergebnisse zur Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat hat nach Vorbereitung durch den Prüfungsausschuss den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht geprüft und gebilligt. Der Jahresabschluss 2023 ist damit festgestellt.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus.

Köln, 15. Mai 2024

Der Aufsichtsrat

Rüßmann

Vorsitzender

